

CONV 311/02

WG III 17

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Rechtspersönlichkeit"
Betr.:	Zusammenfassung der Sitzung vom 30. September 2002

1. Der Vorsitzende legte der Gruppe den Entwurf des Schlussberichts (WD 29) vor, der unter Berücksichtigung der in der Sitzung vom 19. September 2002 vorgebrachten Bemerkungen erstellt wurde. Er weist auf die hauptsächlichen Änderungen hin, die der Text gegenüber dem vorigen Entwurf enthält, und zwar insbesondere:
 - in Nummer 38 die Streichung der betreffenden Bereiche und internationalen Organisationen;
 - in Nummer 46 erster Gedankenstrich und in der allgemeinen Empfehlung Nr. 3 die Einfügung des Passus "und ggf. von Euratom" bzw. "und ggf. den EURATOM-Vertrag" nach dem Verweis auf den EGV;
 - in Nummer 46 zweiter Gedankenstrich die Ersetzung der Worte "das Recht, vor Gericht zu stehen" durch "diese Rechte".

Über die Annahme der Änderungen herrschte in der Gruppe weit gehendes Einvernehmen.

2. Anschließend ersuchten die Mitglieder der Gruppe in ihren Wortmeldungen darum, dass der Text in den folgenden drei Punkten geändert wird:
 - In Bezug auf die gemischten Abkommen, die unter mehrere "Säulen" fallen (Nummer 24) wurde hervorgehoben, dass dieser Absatz mit der Nummer 37 in Einklang gebracht werden müsse, in dem darauf hingewiesen wird, dass eine einzige Delegation der Union erforderlich ist, damit ihre Position bei der Aushandlung internationaler Abkommen gestärkt wird; hierzu wird vorgeschlagen, in Nummer 24 hinzuzufügen, dass nur in bestimmten "außergewöhnlichen" Fällen eine doppelte Vertretung vorgesehen wird.

- Was das Personal anbelangt, das die Aufgabe hat, den Hohen Vertreter/das Kommissionsmitglied für Außenbeziehungen im Falle der Fusion dieser beiden Posten zu unterstützen (Nummer 28), wurde hervorgehoben, dass in der Gruppe zwei Standpunkte vertreten werden. Es wurde jedoch vereinbart, darauf hinzuweisen, dass die Haltung der Mehrheit dahin geht, die Schaffung einer einzigen Struktur vorzuschlagen, um zu einer kohärenten Außenpolitik beizutragen und unnötige Doppelarbeit der Behörden zu vermeiden.
 - Schließlich wurde in Bezug auf die Überwachung durch den Gerichtshof vorgeschlagen, einen Satz am Ende der Nummer 44 hinzuzufügen, wonach die Modalitäten für die Überwachung durch den Gerichtshof in diesem Bereich noch näher festzulegen sind.
3. Auf diese Bemerkungen hin sagte der Vorsitz eine Änderung des Schlussberichts in diesen Punkten zu. Die Gruppe nahm den Schlussbericht, den sie für eine getreue Wiedergabe der gesamten Beratungen der Gruppe hält, dann nahezu einhellig (mit der Gegenstimme eines Mitglieds) an.
-